



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/72 - 28.3.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

FDP - keinen Schritt weitergekommen	S. 1
Moskaus Österreich-Initiative	S. 3
Die Kentner und die Sozialreform	S. 5
Verhandeln vor der Aufrüstung!	S. 6
Pleite der Rhein-Ruhr-Aktion	S. 7

Parteitag der Inkonsequenz

F.B. Dieser Oldenburger Parteitag der FDP war ein Spiegelbild dafür, wie eine Partei sich selbst den Nerv nehmen kann. In Bad-Ems gab es noch eine echte politische Auseinandersetzung zwischen Liberalem Manifest und Deutschem Programm. In Olmüncburg beschränkte man sich auf ein taktisches Zweckbündnis von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, um die anderen Landesverbände und vor allem Karl-Hubert Schwennicke aus Berlin aus dem Vorstand herauszuwählen. Dieses Bündnis hat zwar zunächst seinen Zweck erfüllt, dafür aber den Keim für neue Auseinandersetzungen in die Partei hineingetragen.

Ein bayerischer Delegierter, den man zum vielzitierten Fußvolk der FDP rechnen kann, hat für diese Situation die wie einen Seufzer vorgebrachte Formel gefunden, die FDP sei nun einmal die Partei der konsequenten Inkonsequenz. Das gilt nicht nur für die grundlegende politische Standortbestimmung der Partei, das gilt auch für ihr parlamentarisches Verhalten und ihre Entscheidungen von Fall zu Fall.

Wie ein roter Faden zog sich durch diesen Parteitag die Stellung der Freien Demokraten zur übermächtigen CDU/CSU. Es ging von Dr. Dehler der die Hybris der CDU verurteilte (sein Wortspiel: Koalition bedeute nicht Kapitulation) über Dr. Wende, der feststellte, dass man die Koalitionstreue nicht soweit strapazieren dürfe, dass die Partei mit "einigen freien Gewissen" allein auf weiter Flur stehe, bis zu dem schon erwähnten bayerischen Mann aus dem Volke, der die FDP mit

einem Adler verglich, der zum Flügelstutzen geradezu dränge. Aber man hat keine Schlussfolgerungen aus dieser klaren Erkenntnis gezogen, sondern auch in Oldenburg wieder den Willen zur Aufrechterhaltung der Koalition triumphieren lassen.

Nun, niemand will und kann die Freien Demokraten in ihrer Entscheidung für oder gegen die Koalition bevormunden. Im Grunde gab es für sie nur die berühmten zwei Möglichkeiten: Entweder in der Koalition zu bleiben, aber unter ganz konkreten Voraussetzungen, die einem in der Zukunft die bisherige Schuhputzer-Behandlung ersparen, oder man tritt aus. Die FDP hat sich wieder zu keiner Entscheidung durchringen können, sondern nur erklärt, dass es nicht so weitergehen könne, wenn man in der Koalition bleiben sollte. Eine so unbestimmte Feststellung, die nicht mal als ernst zu nehmende Drohung bewertet werden wird, schafft keine Klarheit. Die FDP sollte wissen, dass ein solches Verhalten den Übermut der CDU nicht dämpfen, sondern nur herausfordern wird. Offen gezeigte Schwäche war für einen "geringeren Partner" noch niemals ein Anlass, den zahlenmäßig kleineren mit dem gebührenden Respekt zu behandeln.

Auch sonst war dieser Parteitag in der Anlage und Durchführung eben ein Spiegelbild einer praktisch angewandten konsequenten Inkonsequenz. Dr. Dehler bemühte sich, keinem wehzutun und glaubte mit Charme da Überbrücken zu können, wo klaffende Risse vorhanden sind. Das außenpolitische Konzept war verwaschen wie eh und je. Wenn man schon jemandem Folgerichtigkeit bescheinigen könnte, dann dem Berliner Landesverband, der eine Kandidatur Schwernickes ablehnte, weil die außenpolitischen Meinungsverschiedenheiten nicht behoben worden seien. Aber selbst da kann man skeptisch sein, denn vermutlich war der Grund für diese Haltung eher die Furcht, von der nordrhein-westfälisch/baden-württembergischen Abstimmungsmaschine doch niedergewalzt zu werden, als das Bekenntnis zu einer politischen Grundsatzentscheidung.

Oldenburg hat die FDP keinen Schritt weitergebracht. Die Krise wird schwelen. Die in Worten so oft und so nachdrücklich beschworene Einheit der Partei bleibt auch künftig gefährdet.

Höhepunkt des Österreich-sowjetischen Gespräches:

Reise nach Moskau

G.E. Wien, Ende März

Seit Freitag herrscht am Ballhausplatz hektische Betriebsamkeit. Wie von heute auf morgen der arge Winterfrost in hochsommerliche Temperaturen umschlug, wandelte sich die politische Stimmung von gespannter Erwartung in Hoffnungsfreudigkeit, nachdem die Nachricht ins Land platzte, dass Außenminister Molotow den österreichischen Bundeskanzler zur Erörterung der Fragen des Staatsvertrages nach Moskau eingeladen habe.

Das Thema Staatsvertrag wurde in den letzten Jahren bis zum Überdruß in den verschiedensten Variationen behandelt. Die Ergebnislosigkeit unzähliger Konferenzen basierte stets auf der Großraumpolitik der Weltmächte, die Österreichfrage trotz angeblich guten Willens stets in den Hintergrund verwiesen und die Österreicher zur aussenpolitischen Resignation verurteilte. Es ist darum nicht verwunderlich, dass die Einladung Moskaus nunmehr doch noch einmal die ganze Aufmerksamkeit der Bevölkerung und das Interesse der Weltöffentlichkeit auf Österreichs außenpolitische Situation zieht. Es unterliegt gar keinem Zweifel, dass Bundeskanzler Raab der Einladung nach Moskau Folge leisten wird, da diese eine direkte Bedeutung für Österreich und seine Staatsvertragsverhandlungen einerseits und eine ebenso erhebliche auch für die internationale Politik andererseits hat.

Der Kanzler, der gleichermaßen als Freund des Westens, wie der Sowjetunion nach Moskau geht, wird von den Sowjets, die bisher der Bereinigung der österreichischen Frage den stärksten Widerstand entgegenzusetzen, Aufklärung darüber bekommen, ob die Wendung der sowjetischen Außenpolitik gegenüber Österreich, die sich seit einiger Zeit abzeichnete, eine Wendung in Fakten sein wird, oder ob es sich wiederum um nichts anderes als um ein taktisches Manöver handelt.

Ganz so überraschend wirkte der Auf aus dem Kreis allerdings nicht. Seit Tagen spürte man hier in Wien, dass etwas in der Luft

lag. Der Artikel in der sowjetischen Armeezeitung "Roter Stern", der den Österreichischen Alliierten Rat in einem massiven Angriff engherzige Vormundschaft über Österreich vorwarf und ihm der Unfähigkeit zueh, die Gespräche des österreichischen Botschafters Bischoff mit sowjetischen Regierungsmitgliedern, der Notenwechsel Wien-Moskau und nicht zuletzt die Berufung der österreichischen Vertreter aus Moskau, Paris und Washington nach Wien - alles das war eine Vorbereitung zur Einladung Raabs, die übrigens einer pikanten Note nicht entbehrt.

Die kommunistische österreichische Presse hatte nämlich die Wiener Regierungsnote v. 14. März als "Völlig ungenügend" bezeichnet und behauptet, dass Österreich aus Angst vor dem amerikanischen Druck eine negative Antwort erteilt habe. Die Haltung Moskaus beweist, dass man im Kreml offensichtlich anderer Meinung ist als die österreichischen Steigbügelhalter. In dieser Note erklärte die österreichische Regierung, dass sie mit einer wirkungsvollen Garantie gegen den Anschluss an Deutschland, der wie ein Schreckgespenst durch die sowjetischen Hirne geistert, einverstanden ist, dass sie bereit sei, auf jedes militärische Bündnis zu verzichten und keine militärischen Stützpunkte zuzulassen, und dass sie eine gesonderte Behandlung des Staatsvertrages durch eine Viererkonferenz in Anwesenheit Österreichs für wünschenswert erachtet. Während die östlichen Blätter aller Schattierungen sich in tollen Kaskaden überstürzten und Österreich der übelsten Missetaten und Gesinnungen beschuldigten, war die Antwort vom Freitag d. 25. März aus dem Kreml insofern eine Überraschung, als sie weder Vorwürfe, noch kritische Beschuldigungen enthielt, sondern Österreichs Erklärungen mit "Genugtuung" begrüßte und damit die lärmenden "Gesinnungsgenossen" ad absurdum führte.

Eine verfrühte Freude ist Österreich allerdings nicht anzuraten, da die Moskauer Antwortnote immerhin noch einige dunkle Punkte enthält. Auch drängt sich bereits den Österreichern die bange Frage auf, ob die Garantien und Maßnahmen, die sich die Sowjets vorstellen, auch den Westmächten annehmbar erscheinen. Die üblen Erfahrungen der vergangenen Jahre lassen trotz der augenblicklichen günstigen Aspekte immer wieder bei den Österreichern Befürchtungen aufkommen, aber vielleicht haben sie jetzt endlich einmal die so sehr ersehnte Chance, die Chance, nicht mehr mit ihren moralischen Argumenten von Völker- und Menschenrecht gegenüber den großen Mächten so hilflos zu wirken, sondern beim Umschlag der Dinge nun an der Spitze eines neuen Kontakts zwischen Ost und West zu stehen. * * *

Soziale Zwischenlösungen unerlässlich

3. Die Sozialreform scheint nun gar zum Schlechten für die Sozialleistungsempfänger auszuschlagen. Die SPD hatte im Bundestag die Regierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf "Über die Gewährung von Steigerungsbeträgen in den gesetzlichen Rentenversicherungen" für Arbeitslose und Kranke vorzulegen. Der Ausschuss für Sozialpolitik hatte den Antrag der SPD angenommen, nun sollte der Bundestag ihm zustimmen.

Indessen hat es den Anschein, als ob dieser Antrag abgelehnt werden wird. Die Abstimmung wurde in der vergangenen Woche vertagt, weil ein Teil der FDP-Abgeordneten im Bundestag fehlte. Sie soll nun in der neuen Woche nachgeholt werden. Aber wegen des Widerstandes der CDU und der FDP wird sich wohl schwerlich eine Mehrheit finden. Sprecher der CDU haben den Einwand erhoben, die Regierung könne einen Gesetzentwurf über neue Steigerungsbeträge erst im Zuge der bevorstehenden Sozialreform vorlegen. Sonst würden die Vorarbeiten für diese Reform gestört.

Wenn sich diese Auffassung im Bundestag durchgesetzt, müßten die Rentner fast verzweifeln. Man mutet den Kranken und Arbeitslosen zu, dass sie auf eine Verbesserung ihrer Bezüge warten, bis die Sozialreform verwirklicht werden kann. Mit der gleichen Begründung könnten dann künftig auch alle anderen Anträge auf Renten- und Sozialleistungsverbesserungen abgewürgt werden. Dieses Verfahren würde ausgezeichnet zu dem CDU-Antrag passen, Gesetzesvorschläge, die finanzielle Belastungen für den Bundeshaushalt nach sich ziehen, jeweils nur bei den neuen Haushaltsberatungen erörtern zu lassen. Die Folge wäre, dass auf lange Sicht überhaupt keine Anträge mehr auf Verbesserung von Sozialleistungen gestellt werden könnten.

Außerdem weiß jedermann in Bonn, dass die Sozialreform frühestens im Jahre 1957 Gesetzesform gefunden haben und im Bundestag abschließend beraten sein kann. Vielfach wird sogar die begründete Ansicht geäußert,

dass dieser Bundestag gar nicht mehr in der Lage sein werde, die Gesetze zur Sozialreform zu verabschieden. Das Bundesarbeitsministerium hat bereits durchblicken lassen, wie peinlich es wäre, wenn ein Teil der Rentenneuordnung unter dem Druck von Neuwahlen beschlossen werden müßte...

Es muß also schon vor Inkrafttreten der Sozialreform möglich sein, Zwischenlösungen zu finden. Eine davon wäre jene eingangs erwähnte Gewährung von Steigerungsbeträgen in den gesetzlichen Rentenversicherungen, über die in dieser Woche vom Bundestag entschieden werden soll.

* * *

Verhandeln v o r der Aufrüstung!

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses im Rat der Republik in Paris wurde von maßgebender sozialdemokratischer Seite in Bonn erklärt:

Mit der zusatzlosen Annahme der Pariser Verträge durch den Rat der Republik ist nach menschlichen Ermessen die eigentliche politische Entscheidung über das Vertragswerk gefallen. Die wichtigste Folge für Deutschland wäre die, dass jeder der beiden Teile unseres Landes aufgerüstet und je einem von zwei gegeneinander gerichteten militärischen Mächteblöcken fest eingefügt wird. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit würde dadurch für unabsehbare Zeit aufs Äußerste erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Für jede andere westliche Macht mag ein Inkrafttreten der Pariser Verträge tragbar oder vielleicht sogar vorteilhaft sein, für Deutschland bedeutet es die Gefahr einer Versteinerung der gegenwärtigen Spaltung. Aber auch nach der Ratifizierung der Pariser Verträge durch alle Teilnehmerstaaten müßten äusserste Anstrengungen gemacht werden, auf dem Verhandlungswege zur deutscher Einheit zu kommen. Andernfalls ist die Gefahr, dass eine internationale Entspannung auf der Grundlage der fortdauernden Spaltung Deutschlands versucht wird, außerordentlich groß. Eine solche Entspannung kann aber nur erreicht werden, wenn es auch zu einer Wiedervereinigung des heute geteilten Deutschlands kommt. Aus diesem Grunde bleibt die Haltung der SPD unverändert: Verhandlungen v o r der Aufrüstung!

* * *

Die rätselhaften 30 Prozent

-x Die katholische Arbeiterbewegung (KAB) hat anlässlich ihrer Wochenendtagung in Dortmund verlauten lassen, die Aktivität ihrer Betriebsgruppen seit Beginn dieses Jahres habe die Zahl der "christlichen" Betriebsratsmitglieder in Bergbau und der eisenverarbeitenden Industrie um 30 % erhöht. Vorläufig liegen die Endergebnisse der Betriebsratswahl an Rhein und Ruhr nicht vor. Daher ist die Behauptung der KAB einigermaßen erstaunlich. Aber für den vorgesehenen Zweck der in die Presse lancierten Meldung braucht sie vielleicht nicht einmal richtig zu sein.

Die Angabe dieses Prozentsatzes kann nur auf zwei Tatsachen beruhen: Entweder stehen in diesem Jahre auf den Gemeinschaftslisten der Gewerkschaften etliche Kandidaten aus der früheren christlichen Gewerkschaftsbewegung mehr als im Vorjahr, dann können sie jedoch nur im Einverständnis mit den Gewerkschaften und Betriebsbelegschaften nicht aber als mit den übrigen Gewerkschaftern konkurrierende "Christliche" aufgestellt worden sein. Hier liesse sich jedoch kaum ein Prozentsatz feststellen. Sind sie jedoch mit eigenen Listen in den Wahlkampf gegangen und soll sich die Meldung darauf beziehen, so ist sie sehr leicht zu überprüfen.

Zu den 300 Gemeinschaftslisten der Gewerkschaften z.B. im Steinkohlenbergbau haben die "Christen" der KAB innerhalb Herrn Winkelheides "Rhein-Ruhr-Aktion" überhaupt nur drei eigene Listen aufgestellt. Das wären 1 %. Bekannt ist bisher nur das Ergebnis einer dieser Listen, und zwar von der Zeche "Minister Stein" in Dortmund. Dort kandidierte an der Spitze der Liste der Rhein-Ruhr-Aktion ein "Christ", der wegen Streikbruchs nicht auf die Gemeinschaftsliste genommen werden konnte. Ergebnis: ein Zehntel der Wahlberechtigten, unter denen sich viele Neubergleute befinden, wählte zwei Betriebsräte der Liste Rhein-Ruhr-Aktion. Die übrigen 19 Betriebsräte wurden von der Gemeinschaftsliste der Gewerkschaft gewählt. Man darf wohl feststellen, dass sich Herr Winkelheides Industrie-Finanzquellen trotz aller Ergiebigkeit mit diesem Ergebnis nicht bezahlt gemacht haben. Aber vielleicht muss man gerade deswegen von 30 % reden, um diese Quellen nicht versiegen zu lassen. Allerdings sehr christlich und wahrheitsliebend ist die Methode nicht.

+ + +

Am gleichen Tage....

sp-Die "Freie Saarpresse", die Zeitung der deutschen Opposition an der Saar, wurde vom saarländischen Innenministerium am gleichen Tage verboten, an dem der Rat der französischen Republik mit wechselnden Mehrheiten das Pariser Vertragswerk, darunter auch das Saarstatut, verabschiedete. So beginnt die von Bundeskanzler Adenauer mit grosser Lautstärke verkündete "totale Freiheit an der Saar" mit dem Abwürgen der deutschen Opposition. Im Saargebiet geschieht bekanntlich nichts ohne Willen und Auftrag der französischen Besatzungsmacht. Das war vor der Annahme des Saarstatuts der Fall und das wird wohl auch in der Zukunft so bleiben. Noch ist es nicht in Kraft, aber dieses Verbot gibt einen bezeichnenden Vorgeschmack davon, was noch zu erwarten ist. Und das wird nicht gut für die französisch-deutschen Beziehungen sein.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau